

Stand: 04.04.2026 17:16:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17178

"Mehr Sonnenenergie für Bayern - Bürgerenergie statt Ausbaudeckel"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17178 vom 01.06.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19465 des WI vom 26.10.2017
3. Beschluss des Plenums 17/19703 vom 13.12.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 13.12.2017



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Sonnenenergie für Bayern – Bürgerenergie statt Ausbaudeckel

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für einen verstärkten Photovoltaik-Ausbau einzusetzen.

Dazu soll

1. der Ausbaukorridor im geltenden Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aufgehoben werden;
2. die Degression der EEG-Vergütung für Anlagen unter 750 Kilowatt (kW), die nicht an Ausschreibungen teilnehmen müssen, ausgesetzt werden;
3. das Ausschreibungsvolumen für Anlagen über 750 kW deutlich vergrößert werden;

so dass jährlich insgesamt ca. 5 bis 7 Gigawatt (GW) Photovoltaikleistung in Deutschland zugebaut werden.

Begründung:

Das Ziel der Bundesregierung beim Ausbau der Sonnenenergie reicht nicht aus, um effektiv gegen den Klimawandel anzukämpfen. Die Pariser Klimaverbarungen werden schlicht ignoriert. Zudem wird selbst dieses bescheidene Ziel – 2,5 GW Zubau pro Jahr – schon seit 2014 nicht mehr erreicht. In den Jahren 2015 und 2016 lag der tatsächliche Ausbau bei jeweils ca. 1,5 GW.

Wie die Jahre 2011 und 2012 zeigen, ist ein deutlich höherer Ausbau von bis zu 7 GW pro Jahr möglich. Durch gesunkene Herstellungskosten wird der Effekt auf die Höhe der EEG-Umlage angesichts des großen Nutzens im Kampf gegen die Erderhitzung auch bei diesem ambitionierten Ausbau eher gering sein. Aus diesem Grund ist der Ausbaukorridor von 2,5 GW pro Jahr abzuschaffen.

Der magere Zubau von kleineren Dachanlagen zeigt auch, dass die Vergütung für diese Anlagen in den letzten Jahren zu radikal gekürzt wurde. Die automatischen Kürzungen sollen deswegen ausgesetzt werden, bis das Niveau der Jahre 2011 und 2012 wieder erreicht wird.

Die vergangenen Ausschreibungsrunden seit 2015 haben gezeigt, dass die Energiewende schneller gehen kann. Das jeweils ausgeschriebene Volumen wurde in jeder Runde mehrfach überzeichnet. Künftig soll die Höhe der Ausschreibung so gewählt werden, dass ein stetiger jährlicher Ausbau von 5 bis 7 GW Photovoltaikleistung sichergestellt ist.

Ein starker Photovoltaikausbau leistet einen wesentlichen Beitrag zum Schutz des Klimas, er ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern an der Energiewende teilzunehmen und schafft zahlreiche Arbeitsplätze im ganzen Land.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/17178

Mehr Sonnenenergie für Bayern - Bürgerenergie statt Ausbaudeckel

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatter: **Sandro Kirchner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/17178, 17/19465

Mehr Sonnenenergie für Bayern – Bürgerenergie statt Ausbaudeckel

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Thorsten Glauber

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Sonnenenergie für Bayern - Bürgerenergie statt Ausbaudeckel

(Drs. 17/17178)

Ich eröffne die Aussprache. Die vereinbarte Redezeit beträgt 24 Minuten. Ich bitte den Kollegen Stümpfig als ersten Redner ans Rednerpult.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern war einmal das Musterland der Stromerzeugung aus Sonnenenergie. Das Erfolgsrezept war das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 erlassen hat. Diese Zeiten sind leider vorbei. Die CSU hat in den vergangenen zwölf Jahren als Teil der Bundesregierung den Bau von Photovoltaikanlagen in Deutschland und in Bayern brutal ausgebremst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies hat sich in Bayern so ausgewirkt: Im Jahr 2004 ging es langsam mit dem Ausbau der Photovoltaikanlagen los. In Bayern haben wir 275 Megawatt zugebaut. Das steigerte sich in den folgenden sechs Jahren bis zum Jahr 2010 auf insgesamt 2.550 Megawatt Photovoltaikleistung. Nach 2010 ging es jedoch steil bergab. In den darauf folgenden sechs Jahren ging es so weit runter, dass wir im Jahr 2016 mit 242 Megawatt wieder den Ausgangspunkt erreicht hatten. Betrachtet man die Grafik, so sieht man einen einsam in der Landschaft stehenden Berg mit einem steilen Anstieg auf der einen Seite und einem steilen Abfall auf der anderen Seite. Getoppt wird die ganze Situation nur noch vom kompletten Aus der Windkraft in Bayern. So werden wir unsere Klimaschutzziele niemals erreichen. Das ist unsere klare Aussage. Wir werden weiter in eine Importabhängigkeit steuern. Das ist fatal für unser Klima. Das ist fatal für die Zukunftsbranche Sonnenenergie. Dieser Rückgang ist einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In unserem Antrag fordern wir deshalb, den Ausbaudeckel anzuheben. Momentan haben wir deutschlandweit 2.500 Megawatt, davon werden 600 Megawatt ausgeschrieben. Das ist viel zu niedrig. Hinzu kommt, dass die niedrigen Ausbauziele nicht annähernd erreicht werden. Wir wollen den Ausbaudeckel so anheben, dass deutschlandweit künftig ein jährlicher Zubau von 5.000 bis 7.000 Megawatt erreicht wird. Dann können wir in Bayern wieder kräftiger zubauen. Dann können wir Ziele wie den Zubau von 1.000 Megawatt pro Jahr anstreben. Das brauchen wir dringend.

Die Energie aus Photovoltaikanlagen ist mittlerweile eine kostengünstige, saubere und in der Kombination mit Speichern eine sehr verlässliche Energiequelle. Das Kostenargument hat in den Anfangsjahren durchaus gezählt. Damals waren Photovoltaikanlagen im Vergleich zu anderen Energieerzeugungsmöglichkeiten relativ teuer. Das hat sich aber komplett verändert. Im Jahr 2017 sind Photovoltaikanlagen sehr, sehr günstig. Gerade die Freiflächenanlagen sind sehr günstig. Wenn man sich die Ausschreibungsrunden anschaut, sieht man, dass die Kosten im Durchschnitt 4,91 Cent pro Kilowattstunde betragen. Diese Energie ist unglaublich kostengünstig und weitaus günstiger als Energie von einem Gas- oder Kohlekraftwerk. Für mich steht ganz klar fest: Es ist bescheuert, deutschlandweit das Ausbauvolumen auf 600 Megawatt zu reduzieren. So können wir niemals eine Umsteuerung hin zur sauberen Energie schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die kleinen PV, also die Anlagen auf den Dächern, die nicht an den Ausschreibungen teilnehmen müssen, sind von der CSU ebenfalls abgewürgt worden. Ich nenne als Stichwort nur die Einführung der Sonnensteuer. Hinzu kam eine heftige Degression, die das Investieren äußerst unwirtschaftlich machte. Die magere Zielmarke von 2.500 Megawatt haben wir also nicht erreicht. Man muss nicht lange herumdoktern oder herumsuchen, woran das liegt. Es ist feststellbar, dass der jährliche Ausbau ein

Trauerspiel ist. Der Mechanismus muss geändert werden. Das ist der Kern unseres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kirchner von der CSU-Fraktion, der nach mir sprechen wird, hat im Ausschuss die kühne These aufgestellt, dass der Ausbau der PV-Anlagen mit dem Netzausbau Schritt halten müsse. Herr Kirchner, Sie haben hier offenbar etwas gewaltig durcheinandergebracht. Es stimmt, dass manche Erneuerbare-Energien-Anlagen abgeregelt werden müssen, weil die Netze verstopft sind. Aber diese Erneuerbare-Energien-Anlagen sind die Dinger, die hoch oben im Norden stehen und Flügel haben.

Eine Abregelung von bayerischen Photovoltaikanlagen, die auf der untersten Spannungsebene einspeisen, kommt so gut wie nie vor. Jedes Jahr zeigt die Intersolar Europe in München, wie stark der Bereich Photovoltaik boomt. Es ist eine Zukunftsbranche mit einem riesigen Potenzial. Jedoch ist der Ausbau in Bayern wie bei der Windkraft komplett eingebrochen. Jetzt gilt es, Klimaschutz zu betreiben. Die Versorgungssicherheit muss erhöht werden, und zwar durch neue und saubere Kraftwerke in Bayern. Arbeitsplätze müssen genau in dieser Zukunftstechnologie geschaffen werden. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, wie in der letzten Woche reden wir auch in dieser Woche über dasselbe Thema. Herr Stümpfig, mit dem EEG 2014 wurde ein verlässlicher Korridor für den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschlossen. Ich wiederhole mich gerne noch einmal, und Sie haben es bereits angesprochen: Der Hintergrund war, dass man damit den Netzaus-

bau synchronisieren wollte. Das war der Beweggrund für das EEG 2014. Man wollte eine Planungsgrundlage für den Ausbau schaffen. Ein entsprechend stabiler Ausbaupfad sollte den Anlagen- und Maschinenbauern ermöglichen, sich auf die Auftragslage einzustellen. Das Wichtigste ist, dass die Strompreise für den Verbraucher, für Sie da oben, günstiger werden. Herr Stümpfig, ich darf Ihnen jetzt in Erinnerung rufen, dass Ihre Partei immer behauptet, Sie wären der Vater des EEG. Der unkontrollierte Zubau an erneuerbaren Energien hat dazu geführt, dass die Verbraucher viel Geld für den Strompreis zahlen müssen. Damit sind sie die Verlierer der Situation. Die Ausschreibungen, die mit den erneuerbaren Energien und den Photovoltaikanlagen einhergehen, tragen dazu bei, dass Wettbewerb entsteht. Wenn es Wettbewerb gibt, entstehen natürlich andere Preise. Am Ende wird das auch Ihnen bei Ihrer Stromrechnung zugutekommen. Sie müssen dann weniger bezahlen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die EEG-Vergütung war degressiv!)

Außerdem haben Sie in Ihrer Begründung nicht erläutert, warum Ihrer Ansicht nach eine Erhöhung oder Anhebung des Ausbaukorridors automatisch zu mehr Sonnenenergie in Bayern führt. Beim jetzigen Ausbaukorridor kommen wir überhaupt nicht in die Verlegenheit, mehr Energie bzw. mehr Anlagen zu bekommen. Dies bleiben Sie in Ihrer Ausführung ebenfalls schuldig.

Wenn man den zweiten Punkt nimmt, die Degression der EEG-Vergütung, dann muss man feststellen – das habe ich Ihnen schon im Ausschuss genannt –, dass Sie da etwas fordern, was bereits ausgesetzt ist. Von August auf September 2014 fand letztmalig eine Degression von 0,5 % pro Monat statt, danach eine Degression von 0,25 % im Monat. Seit September 2015 ist sie vollständig ausgesetzt. Daher sind das – wenn ich das so sagen darf, Entschuldigung – Fake News, die Sie hier verbreiten.

Auch angesichts des schwachen Zubaus der letzten Jahre kommt Ihre Kritik bezüglich der Trägheit des atmenden Deckels bei Unterschreitung des Zielkorridors, mit Verlaub, recht spät bzw. Sie haben es vermutlich nicht mitbekommen. Aber das Problem wurde

bereits bei der Gesetzesänderung zum EEG 2017 adressiert. Dieser atmende Deckel ist so angepasst worden, dass er schnell auf Marktsituationen reagieren kann und auch bei Unterschreitung der Ziele wirksam den Zubau steuern kann. Wenn ich Ihnen hier mal die Vergleichszahlen geben darf: Beim EEG 2014 hat dieser Deckel bei einem Zubau von kleiner als 1.000 Megawatt pro Jahr gewirkt. Jetzt haben wir beim EEG 2017 den Zubau bereits bei einer Größe von kleiner als 1.700 Megawatt. Wenn man das mit einem Korridor von 2.400 bis 2.600 Megawatt ins Verhältnis setzt, ergibt das eine deutliche Erhöhung um 1,5 %. Auch eine Erhöhung der Reaktionszeit, Herr Stümpfig, die damit einhergeht, wurde relevant. Es ist jetzt auf sechs Monate verkürzt. Wenn man vom Ganzen ausgeht, hat seit der Novelle keine Unterschreitung mehr stattgefunden. Von Mai bis Juli 2017 war der Zubau 2.149 Megawatt, und von November 2017 bis heute sind wir prognostiziert bei 1.966 Megawatt, um diese Größenordnung für Sie einzubetten.

Der letzte Punkt im Antrag, der Punkt drei, behandelt die Erhöhung des Ausschreibungsvolumens. Dazu hatte ich Ihnen bei Punkt eins schon einmal die wichtigsten Gründe genannt: Synchronisation des Netzausbaus, Maschinenanlagenbau und die Stromkosten. Deswegen macht ein Zubau auf sieben Gigawatt, wie Sie es fordern, absolut keinen Sinn. Sie nehmen in Ihrer Begründung Bezug auf die Jahre 2011 und 2012, also auf etwas, was weit in der Vergangenheit stattgefunden hat. Man sollte schon einmal genauer hinschauen, was da passiert ist, wie die Rahmenbedingungen waren und was dazu geführt hat, dass vielleicht gewisse Bewegungen reingekommen sind. Genau zu diesem Zeitpunkt sind die Modulpreise, also die Technik, auf einmal sprunghaft günstiger geworden. Aber leider haben sich die Vergütungen dem nicht angepasst. Das hat zu einer Förderhöhe geführt, die eine starke Überförderung hervorgerufen hat und für Sie hier oben, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, zu einem volkswirtschaftlichen Schaden geführt hat, weil damit dieses Gleichgewicht, diese Balance, ausgehebelt worden ist und die Akzeptanz für die gesamte Energiewende unabhängig von der Photovoltaik in der ganzen Breite gefährdet ist und damit nicht mehr einhergeht.

Es ist sinnvoll und notwendig, dass über den atmenden Deckel genau diese Mitnahmeeffekte aufhören und damit ein Stück weit das Gleichgewicht hergestellt wird. Das EEG hat die Überförderung generiert und hohe Kosten für die Verbraucher verursacht. Das ist die Botschaft, die ich an dieser Stelle festhalten wollte. Deswegen nochmal mit diesem Hintergrund: Überzeichnungen von Ausschreibungen sind auf der einen Seite für das Volumen vielleicht relevant; aber das zeigt auch, dass der Wettbewerb sinkende Kosten für den Verbraucher generiert.

Wenn Sie die letzten Aufzeichnungen mal anschauen, Herr Stümpfig, dann kann man schon sagen, dass diese Überschreitungen vertretbar sind. Im Februar 2017 waren es 88 Megawatt Überzeichnung, im Juni 2017 646 Megawatt. Da könnten wir darüber nachdenken: Oh, wollte ich das so? – Aber auch da lohnt sich der Blick aufs Detail, weil man feststellt: Hoppla, was ist denn da passiert? – Da kam die Öffnung der Flächenkulisse hinzu, und es hat sich auch in der Angebotsphase abgezeichnet, dass sich 52 der 133 Gebote auf Acker- und Grünflächen bezogen haben und damit diese Überzeichnung begründbar und vertretbar ist.

Sie haben zu Beginn Ihrer Rede ausgeführt, dass der Freistaat Bayern mit der Sonnenenergie nicht viel am Hut habe. Ich möchte Ihnen aber genau das Gegenteil beweisen. Im September 2017 wurden in Bayern 11.940 Megawatt peak installiert, 28 % der bundesweit installierten Leistungen. 2017 wird Bayern 11.000 Terawattstunden einspeisen. Wir haben den Erfolg bei den aktuellen Ausschreibungen und haben uns damit stärker positioniert. 30 von 52 Ausschreibungen haben Bewerber aus dem Freistaat Bayern für Bayern gewonnen. Bayern hat die Erweiterung der Flächenkulisse durchgesetzt. Bayern hat als erstes Bundesland die Freiflächenverordnung geschaffen, damit 30 PV-Anlagen auf Acker- und Grünflächen entstehen konnten. Ich denke, die Liste lässt sich beliebig fortführen und zeigt den Menschen in Bayern auf, dass der Freistaat das Thema Photovoltaik und erneuerbare Energien sehr seriös und sehr konzentriert und zielführend begleitet. Deswegen bleiben wir dabei, Herr Stümpfig:

Eine Ausweitung des Ausbaukorridors macht keinen Sinn. Wir sollten bei den 2.500 Megawatt bleiben. Wir lehnen deswegen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kirchner! Erstens findet die Debatte hier im Raum statt und nicht oben auf der Zuschauertribüne. Ich verstehe nicht, dass Sie im zweiten Teil Ihrer Rede gesagt haben: Ja, das Ausschreibungsvolumen wurde um das Doppelte überzeichnet. – Das haben Sie ausgeführt. Im ersten Teil Ihrer Rede sagen Sie dann, man sehe doch, dass der Deckel gar nicht erreicht wurde, also brauchen wir das nicht auszuweiten. Sie haben es dann wieder irgendwie verschwurbelt. Es ist doch tatsächlich so: Von den 2.500 Megawatt Ausschreibungsvolumen jedes Jahr sind nur 600 Megawatt in der Ausschreibung. Diese sind mehrfach überzeichnet, manchmal um das Doppelte bis Dreifache. Das ist doch das Problem. Am Schluss haben Sie zugegeben, dass wir hier viel mehr machen könnten; deswegen unser Antrag, und so habe ich es auch dargestellt. Wir müssen diesen Deckel anheben. Von daher haben Sie Ihr Argument, wir erreichten das gar nicht, in Ihrem zweiten Teil selbst widerlegt.

Ich komme noch einmal zu den Zahlen in Bayern. Ich habe es in meiner Rede dargestellt. Wir hatten im Jahr 2004 240 Megawatt Zubau. Dann waren wir im Jahr 2010 bei 2.551 Megawatt und sind dann wieder zurück zum Start. "Zurück zum Start" ist offenbar ein Motto der CSU. Nach sechs Jahren, im Jahr 2016, waren wir gerade mal wieder bei 245 Megawatt. Wir sind wieder auf 10 % zurück. 90 % Reduktion beim jährlichen Zubau! Derweil haben wir einen gewaltigen Anstieg des Stromverbrauchs. Wir müssten also wirklich mehr zubauen. In Ihrer ganzen Rede kam dazu überhaupt nichts. Ich weiß nicht, wie Sie erreichen wollen, dass man die Importabhängigkeit verringert, die Versorgungssicherheit erhöht und den Klimaschutzgedanken voranträgt.

Da kam jetzt gar nichts. Das waren wieder nur irgendwie irgendwelche Zahlen im Vergleich zu Deutschland. Diese 30 PV-Anlagen auf Ackerflächen im Jahr, das ist doch ein Witz! Das ist nicht einmal 1 %, was wir im Jahr 2010 zugebaut haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Stümpfig, vielen Dank für Ihren Beitrag. Ich würde gerne auf die einzelnen Punkte eingehen. Zum einen ist es wichtig, dass wir gerade hier im Plenum unsere Bevölkerung ansprechen und ihr mitteilen, worum es geht,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Nein, es ist nicht richtig!)

und gerade auch die Politik für die Bevölkerung – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Da muss ich Sie jetzt mal unterbrechen. Das ist nicht gestattet. Sie sind noch nicht so lange im Landtag, daher sage ich Ihnen: Es ist nicht gestattet, die Zuschauer anzusprechen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir reden hier miteinander! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Er hat gesagt, "die Bevölkerung"!)

Lassen Sie es, nehmen Sie es so hin. Das ist so, passt schon alles.

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kollegen, es ehrt Sie, dass Sie sich da echauffieren, aber ich schaue gerade Sie an und erkläre Ihnen, was die Intention der Politik ist und dass man diese zum Wohl der Menschen macht. Dass ich Sie angesprochen habe, tut mir leid, aber wir müssen das jetzt in der Diskussion weiter fortführen. Es geht in erster Linie natürlich um die Inhalte, die wir hier zum Wohle der Bevölkerung austauschen. Da sind wir uns doch einig, oder? Sehe ich das falsch? – Okay.

Punkt zwei, wenn man das an dieser Stelle ansprechen darf. Herr Stümpfig, Sie stellen die Sachverhalte immer ein bisschen verzerrt dar. Wenn Sie sich mal überlegen, warum es zu einer Stagnation beim Ausbau der Photovoltaik kam, dann müssten Sie ehrlicherweise mitbetrachten, dass sich das Flächenangebot anders darstellt, dass Pachtpreise auch für Flächen eine Rolle spielen und dass gerade in Bayern, vielleicht im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern, wo unattraktive Sandböden sind, der Bodenpreis eine andere Rolle spielt und damit natürlich auch die Lukrativität einer Anlage eine Rolle spielt. Das müssen Sie schon berücksichtigen. Wenn Sie sich hier ehrlich hinstellen, dann müssen Sie das auch in Ihre Ausführungen einbringen und dürfen nicht versuchen, irgendwo ein falsches Bild zu zeichnen.

Der dritte Punkt betrifft die Dachbereiche, die Sie angesprochen haben. Da sind Sie mit verantwortlich gewesen. Es sind Einspeisevergütungssätze verändert worden. Damit ist natürlich gerade bei einer Dachanlage, wenn man diese als Beispiel nehmen darf, die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben, weil die Einspeisevergütung maximal vielleicht zur Selbstversorgung reicht, aber nicht, um Motivation darüber hinaus zu bieten. Eine Veränderung der Dinge dort ist aber nicht in den drei Punkten Ihres Antrags beinhaltet, sondern das müsste an anderer Stelle diskutiert werden. Aber es steht Ihnen frei, einen Antrag dazu zu stellen. Das ist aber nicht Inhalt der heutigen Diskussion und Ihres heutigen Antrags.

Wenn Sie mir Ihren letzten Punkt bitte nochmal zurufen. Was war da Ihre Frage?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das geht nicht, dass Sie da hin- und herdebattieren.

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Also, war nicht so wichtig. Ich denke, an dieser Stelle ist es aber ausreichend beantwortet.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Nicht gut gemerkt quasi!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor ich die nächste Rednerin, Frau Kohnen, zum Rednerpult bitte, gebe ich bekannt, dass für den ersten Dringlichkeitsantrag, den Antrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/19612, namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Frau Kohnen, ich darf Sie bitten.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es relativ kurz, weil wir dazu schon eine ausführliche Debatte im Wirtschaftsausschuss geführt hatten.

In dem Antrag ist es so dargestellt, dass es deshalb keinen Zubau mehr gebe, weil die Vergütung so gering sei und sich die Anlagen unter der Bagatellgrenze nicht mehr lohnen würden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin mir nicht sicher, ob daran der Ausbaudeckel schuld ist oder die Degression. Herr Stümpfig, auch Sie wissen, dass die Solarbranche aus verschiedenen Gründen in den Jahren 2011/2012 einen ziemlichen Crash hingelegt hat. Insofern glaube ich, dass der steigende Ausbau eher darauf zurückzuführen ist, dass sich die Solarbranche zu erholen beginnt bzw. die Anlagen extrem günstig werden.

Wenn der Ausbau steigt, steigt die Degression. Insofern bin ich mir nicht sicher, ob diejenigen, die im Moment ausbauen, happy darüber sind, wenn immer mehr ausbauen, weil dann die Degression steigt. So oder so glaube ich, wie ich im Ausschuss schon zum Ausdruck gebracht habe, dass dieser Antrag, den Deckel prophylaktisch in die Zukunft zu heben, wesentlich zu früh kommt. Ich glaube, wir können uns tatsächlich anschauen, wie sich die Solarbranche in den nächsten ein, zwei Jahren entwickelt. Wir sind nicht zu spät dran. Wir können auch betrachten, wie sich zeitgleich die Speicher und die Netze entwickeln. Ich bin mir ziemlich sicher, dass sich das in gewisser Weise synchronisieren wird. Dann können wir darüber erneut diskutieren. Ich würde jetzt ungern prophylaktisch den Deckel heben. Insofern werden wir uns enthalten. In die Zukunft gerichtet haben Sie sicherlich recht, Herr Stümpfig. Ich glaube, darüber werden wir in ein, zwei Jahren noch einmal reden.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht muss bei der Betrachtung dieses Antrags, der aus dem Wirtschaftsausschuss heute ins Plenum zur Diskussion hochgezogen wurde, früher angesetzt werden. Kollege Kirchner spricht davon, dass die Debatte eigentlich zu spät geführt würde bzw. dass sich die Dinge eigentlich schon seit Jahren so entwickelt hätten. Die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der GRÜNEN weisen darauf hin, dass die Energiewende und die Bausteine der Energiewende einfach keine Rolle mehr spielen. Das ist Ausfluss der Politik einer schwarz-gelben Regierung, die heute hier im Landtag diskutiert werden muss. Kollegin Kohnen, es kann natürlich immer nach vorne blickend diskutiert werden. Es muss aber jeden Tag diskutiert werden. Ich dachte einmal, wir würden alle für die Energiewende stehen. Den Pfad der gemeinsamen Energiewende haben einige verlassen. Das muss man einfach sagen.

Wenn man die Jahre 2011 und 2012 anschaut und sich fragt, was im Bereich der erneuerbaren Energien passiert ist, und wenn man eine kraftvolle Politik gestalten will, dann muss man sehen, dass wir in den Jahren 2011 und 2012 einen Zubau an Photovoltaik hatten. Wir diskutieren über die Abschaltung des Atomkraftwerks Isar 2 in Bayern. Wir hatten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei der Photovoltaik einen Leistungszubau vergleichbar vier Atomkraftwerken. Das war wirklich ein kraftvoller Ausbau der Photovoltaik. Dahin wollten wir zurückkehren.

Die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern haben damals den Markt für erneuerbare Energien eröffnet. Die erneuerbaren Energien werden aber nun in unseren Nachbarländern entwickelt, weil wir aus der Energiewende aussteigen. Die Themen, die wir über Jahre entwickelt haben, dass heute PV-Module wirtschaftlich zur

Verfügung stehen, werden weltweit umgesetzt. Wir beklagen, dass der Strom so teuer geworden ist, und meinen, dass daran allein die erneuerbaren Energien schuld sind. Schuld daran sind aber ganz andere Faktoren. Wir haben den Kreis derer, die die EEG-Umlage bezahlen, kleiner gemacht. Damit werden die Kosten auf die Privaten verlagert. Das ist der Grund dafür, dass der Strom teuer geworden ist. Wir versuchen jetzt hier im Landtag und auf Bundesebene, genau das stückchenweise zurückzudrehen.

Herr Kirchner, Sie haben die Frage des Kollegen Stümpfig nicht beantwortet. Er hat gefragt, warum letztendlich nur 600 Megawatt statt 2,5 Gigawatt des atmenden Deckels im Markt ausgeschrieben werden. Das liegt doch daran, dass man es unwirtschaftlich gemacht hat. Sie sagen, dass die Böden in Bayern so teuer geworden seien. Wir machen es zu kompliziert. Bei aufgeständerten Freiflächenphotovoltaikanlagen verlangen wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Wie absurd ist das denn? – Die Flächen darunter kann man landwirtschaftlich noch nutzen. Man kann die Flächen für die Tierhaltung nutzen. Wir aber verlangen eine Umweltverträglichkeitsprüfung.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn wir Politik so kompliziert machen, dass wir uns am Ende selber ein Bein stellen, vielleicht sogar bewusst ein Bein stellen, dann brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, wenn die Energiewende letztlich nicht gelingt. Ich glaube, es ist richtig und wichtig. Es sind drei Punkte von vielen Bausteinen. Wir FREIEN WÄHLER werden den Antrag der GRÜNEN natürlich unterstützen. Er hat zum Ziel, zur Energiewende zurückzukehren.

Wenn wir immer darüber diskutieren, wie wir die Energiewende gestalten wollen, muss man feststellen, dass Sie die 10-H-Regel ins Spiel gebracht haben. Sie bedeutet, dass in Bayern keine Windkraftanlage mehr gebaut wird. In der Mitte Deutschlands und im Norden stehen die Windkraftanlagen. Bayern war ein Land der Solarenergie. Deshalb müssen alle Kräfte einer bayerischen Wirtschaftsministerin und einer Bayerischen

Staatsregierung dorthin gelenkt werden, dass Bayern bei der Photovoltaik die entscheidende Rolle spielt. Die Wertschöpfung muss in Bayern bleiben. Wir diskutieren über den Länderfinanzausgleich. Die Wertschöpfung muss nach Bayern fließen. Wenn heute noch Häuser ohne PV-Anlagen gebaut werden, ist das nicht zu verstehen. Der Speicher im Keller gehört gefördert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

50 qm Dachfläche reichen locker aus, um einen Privathaushalt zu versorgen. All die Anträge, die wir wöchentlich hier diskutieren, dienen doch nicht dazu, die Vergangenheit schlechtzureden oder Entscheidungen anzuklagen. Es geht nicht darum, an dem von Ihnen geschaffenen Zustand festzuhalten, sondern darum, dorthin zurückzukehren, wo wir einmal waren: nämlich in die Champions League bei den erneuerbaren Energien. Deshalb stimmen wir dem Antrag der GRÜNEN zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Da die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, stellen wir diese Abstimmung zurück und fahren in der Tagesordnung fort.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit einer weiteren namentlichen Abstimmung fort, und zwar zu Tagesordnungspunkt 20. Das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Mehr Sonnenenergie für Bayern – Bürgerenergie statt Ausbaudeckel" auf der Drucksache 17/17178. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung und bitte Sie, Ihre Stimmkarten einzuwerfen. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.44 bis 13.47 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt.

Kolleginnen und Kollegen, jetzt gebe ich das Ergebnis von zwei namentlichen Abstimmungen bekannt. Das ist erst einmal das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Mehr Sonnenenergie für Bayern – Bürgerenergie statt Ausbaudeckel", Drucksache 17/17178. Mit Ja haben gestimmt 28, mit Nein haben gestimmt 79. Es gab 36 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2017 zu Tagesordnungspunkt 20: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Mehr Sonnenenergie für Bayern - Bürgerenergie statt Ausbaudeckel (Drucksache 17/17178)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Gibis Max		X	
Aigner Ilse				Glauber Thorsten	X		
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst			X	Gote Ulrike	X		
Aures Inge			X	Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin		X		Güll Martin			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald			X
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.			
Brannekämper Robert				Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian			X	Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra			X
Deckwerth Ilona			X	Hintersberger Johannes			
Dettenhöfer Petra		X		Hözl Florian		X	
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina			X	Huml Melanie			
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Freller Karl		X		Kamm Christine	X		
Füracker Albert		X		Kaniber Michaela		X	
Ganserer Markus	X			Karl Annette			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	Kirchner Sandro		X	
Gehring Thomas	X			Knoblauch Günther			X
Gerlach Judith		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha			X
				Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	X 28	X 79	X 36